



Der Bürgermeister
der Stadt Bergisch Gladbach

Frau Regierungspräsidentin
Diana Ewert
Bezirksregierung Arnsberg
59817 Arnsberg

23.11.2015

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,

die Stadt Bergisch Gladbach hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren immer bewusst und mit voller Kraft der Aufgabe gestellt, Menschen auf der Flucht im Stadtgebiet zu einer Unterkunft zu verhelfen. Dabei sind wir von ursprünglich definierten Standards wie einer Unterbringung mit der Möglichkeit, nach der eigenen Kultur Speisen zuzubereiten, längst meilenweit entfernt. Mittlerweile haben wir ca. 400 Menschen in Schulturnhallen untergebracht, weitere ca. 400 in Leichtbauhallen auf einem Aschesportplatz.

Wir haben in den vergangenen Monaten als Haushaltssicherungskommune mehrere Millionen Euro in den Kauf und Umbau von Immobilien und weiteren Unterbringungsmöglichkeiten wie z.B. Leichtbauhallen investiert. Wir haben beim Personal ca. dreißig Vollzeitkräfte zuge setzt, um die Aufgabe bewältigen zu können.

Das große Engagement der Haupt- und Ehrenamtler wurde durch die Entscheidung des Bundespräsidenten, sich in unserer Stadt ein Bild von der Situation der Flüchtlingsunterbringung zu machen, unterstrichen und gewürdigt. Wir ducken uns nicht weg! Wir stellen uns der Verantwortung!

Sie haben als zuständige Regierungspräsidentin in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass im kommenden Jahr von 500.000 Flüchtlingen in NRW auszugehen ist, von denen zwei Drittel in Nordrhein-Westfalen bleiben. Dies bedeutet für Bergisch Gladbach einen Zuwachs an Menschen auf der Flucht für 2016 von über 2.000 Menschen. In dieser Größenordnung werden wir das leider nicht mehr bewältigen können!

Wir haben uns auf einen weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen vorbereitet und entsprechende Verträge, die uns mit weiteren Millionenbeträgen belasten, abgeschlossen. So können wir ab Jahresbeginn 2016 Kontingente an Containern abrufen, die wir dann an seit Wochen definierten Standorten ans Netz bringen, um Menschen dort unterzubringen.

Haupt- und Ehrenamt leisten Unglaubliches, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und eine zumindest annähernd menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen.

Ich zeige hiermit an, dass die Stadt Bergisch Gladbach weiterhin alle Anstrengungen unternehmen wird, um weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu errichten, für darüber hinausgehende Zuweisungen aber überfordert ist!

Ich werde ab dem 1. Dezember zum Monatsersten und Monatsfünfzehnten mitteilen, in welcher Zahl die Stadt Bergisch Gladbach neue Zuweisungen von Menschen auf der Flucht in den jeweils folgenden 14 Tagen aufnehmen kann.

Darüber hinausgehende Zuweisungen können wir nicht mehr verkraften. Sollten Sie uns Menschen über die von uns gemeldeten Unterbringungsmöglichkeiten hinaus zuweisen, so werden wir Ihnen diese Menschen zwecks Vermeidung von Obdachlosigkeit zurückschicken müssen.

Noch einmal: Wir werden uns der Verantwortung weiter stellen und unsere Kapazitäten nach allen Möglichkeiten ausbauen, aber wir sind nicht mehr in der Lage, Zugänge in der Dimension der vergangenen drei Monate aufzunehmen.

Sollten Sie für Bergisch Gladbach höhere Zuweisungszahlen vorsehen wollen als die jeweils durch uns gemeldeten Möglichkeiten, so verweise ich auf die Bundesliegenschaft der Bundesanstalt für Straßenwesen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach mit einem Anwesen von ca. 200.000 Quadratmetern (!), auf dem nach meiner Einschätzung leicht 2.000 Flüchtlinge (und wahrscheinlich deutlich mehr) untergebracht werden könnten! Hier mögen Sie sich bitte mit dem zuständigen Bundesministerium abstimmen!

Ich bitte um Ihre schriftliche Bestätigung bis zum Monatsende.

Mit freundlichen Grüßen

